



Städtisches Personal

Realloohnerhöhung für die städtischen Angestellten und Beamten

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung wird ab 2011 eine Realloohnerhöhung von 1 Prozent gewährt.
 2. Die dafür notwendigen Mittel werden in den Budgetentwurf 2011 eingestellt.
-

1 Ausgangslage

Die Stadtverwaltung St.Gallen steht als Arbeitgeberin in direkter Konkurrenz zu anderen Verwaltungen – namentlich der Kantonsverwaltung – und zur Privatwirtschaft. Der Wechsel von Arbeitnehmenden aus der Privatwirtschaft in die Verwaltung und umgekehrt oder ein Wechsel zwischen den Verwaltungen ist üblich geworden. Der früher typische Verlauf vieler Erwerbs- und Berufskarrieren – Ausbildung und Berufskarriere beim gleichen Arbeitgeber bzw. der gleichen Arbeitgeberin bis zur Pensionierung - ist untypisch geworden. Heute haben jene Arbeitgebenden Vorteile bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal, welche optimale Rahmenbedingungen bieten. Auch in der Stadtverwaltung ist festzustellen, dass für die Rekrutierung von gut ausgebildeten Fachkräften attraktive Anstellungsbedingungen und ein mit der Konkurrenz vergleichbares Lohnniveau unabdingbar sind. Aufgrund der Arbeitslosenzahlen könnte zwar angenommen werden, dass die Rekrutierung von Personal derzeit problemlos sein müsste. Es ist aber klar festzustellen, dass das Angebot an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern, vor allem jene mit den erforderlichen Aus- und Weiterbildungen sowie entsprechenden Berufserfahrungen, knapper wird. Dies schlägt sich in den Lohnvorstellungen nieder, die gefordert und im Markt auch bezahlt werden. Will die Stadtverwaltung auch in Zukunft attraktiv für Bewerberinnen und Bewerber sein, muss der



Vergütungspolitik das notwendige Augenmerk geschenkt werden. Dabei ist einer kontinuierlichen Entwicklung des Lohnniveaus gegenüber Lohnsprüngen der Vorzug zu geben.

2 Grundlagen für Massnahmen bei der Besoldung

2.1 Bei der Stadtverwaltung St.Gallen

Die Festsetzung der jährlichen, teuerungsbedingten Lohnanpassungen für das städtische Personal ist Art. 63 ff. des Personalreglementes (sRS 191.1) geregelt. Gemäss Art. 63 Abs. 1 des Personalreglementes wird der Jahreslohn in der Regel jährlich teuerungsbedingt neu festgelegt. Der Stadtrat bestimmt die Anpassung im Rahmen der mit dem Voranschlag bewilligten Kredite. Er berücksichtigt die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, die Finanzlage der Stadt sowie die allgemeine Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage. Art. 63 bis Abs. 1 stellt fest, dass die jährliche Anpassung die Jahreststeuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise – massgebend ist der Indexstand November des Vorjahres – um nicht mehr als 3 Prozentpunkte unterschreiten darf. Gesamthaft darf das Lohnniveau den Indexstand um höchstens 6 Prozentpunkte unterschreiten.

Die generellen Lohnerhöhungen bedingen immer eine entsprechende Anpassung der Lohnskala gemäss Anhang 1 zum Personalreglement, die wiederum Grundlage ist für die individuellen Lohnanpassungen, die Stufenerhöhungen und Beförderungen.

Eine allfällige über den Novemberstand des Landesindex der Konsumentenpreise hinausgehende generelle Lohnanpassung bedeutet eine Realloohnerhöhung. Eine Realloohnerhöhung bedarf ebenfalls der Zustimmung des Stadtparlaments. Die Mittel dafür sind, wie bei der teuerungsbedingten Lohnanpassung, im Voranschlag einzustellen. Eine Realloohnerhöhung wird dem Parlament mit separater Vorlage beantragt.

2.2 Bei der Verwaltung des Kantons St.Gallen

Die generelle Lohnanpassung für das Staatspersonal ist in der Besoldungsverordnung vom 27. Februar 1996 (sGS 143.2) geregelt. Art. 21 legt fest, dass die Besoldungen in der Regel jährlich neu festgelegt werden. Die Jahreststeuerung wird lediglich insofern berücksichtigt, als die Änderung von der Jahreststeuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise nicht mehr als 3 Prozentpunkte abweichen darf. Der Landesindex der Konsumentenpreise kann höchstens um 6 Prozent über- und 6 Prozent unterschritten werden (Art. 22 Abs. 1 und 2 Besoldungsverordnung). Aufgrund dieser unterschiedlichen Ausgangslage zwischen städtischem Personalreglement und kantonaler Besoldungsverordnung war es in der jüngeren Vergangenheit möglich, dass dem Staatspersonal und den Lehrpersonen - deren Besoldung ebenfalls kantonal geregelt ist - über die Teuerung hinaus Realloohnerhöhungen gewährt



wurden. Im Vergleich mit dem städtischen Personal – deren Lohnskala 2010 gleicht den Indexstand November 2009 mit 103.9 Punkten aus – liegt der ausgeglichene Index beim Staatspersonal und bei den Lehrpersonen zurzeit um 0.9 Prozentpunkte höher.

3 Vorgesehene Lohnmassnahmen im Rahmen des Voranschlags 2011

3.1 Städtisches Personal

Für das städtische Personal ist im Voranschlag 2011 ein Teuerungsausgleich von 0.7 Prozent budgetiert. Eine generelle, teuerungsbedingte Anpassung kommt indes nur zum Tragen, wenn der Novemberindex auch effektiv über dem Vorjahresindex liegt. Für individuelle Lohnerhöhungen, Stufenanstieg und Beförderungen, stehen 1.2 Prozent der Grundbesoldung zur Verfügung. Für eine Realloohnerhöhung ist 1 Prozent budgetiert.

3.2 Staatspersonal und Lehrpersonen

Für das Staatspersonal und die Lehrpersonen hat die Regierung per 1.1.2011 für die generelle Lohnanpassung 1.1 Prozent ins Budget eingestellt, die unbesehen von der effektiven Teuerung gewährt werden sollen. Für individuelle Anpassungen sind 1.4 Prozent vorgesehen, 1.0 Prozent für Stufen und 0.4 Prozent für Beförderungen.

4 Haltung der Verbändekonferenz

Die Verbändekonferenz wies und weist immer darauf hin, dass die Lohnentwicklung des städtischen Personals nicht unter jener des Staatspersonals liegen dürfe. Im Weiteren wurde anlässlich der Sozialpartnergespräche eine Realloohnerhöhung erneut thematisiert. Für die Personalverbände und Gewerkschaften steht eine Lohnerhöhung über die Teuerung hinaus oben auf der Traktandenliste.

Gestützt auf das Reglement über die Personalverbände und Personalausschüsse hat die Verbändekonferenz am 22. Oktober 2010 zur Vorlage schriftlich Stellung genommen. Die Konferenz begrüsst die Aufnahme und Umsetzung ihres Anliegens per 1. Januar 2011 und verzichtet deshalb auf eine vertiefte Stellungnahme.

5 Reallohnanpassung für das städtische Personal; Erwägungen

Mit dieser Vorlage wird dem Stadtparlament eine Realloohnerhöhung für das städtische Personal im Umfang von einem Prozent beantragt. Folgende Erwägungen liegen diesem Antrag zugrunde:



Wie unter Ziffer 1 (Ausgangslage) erwähnt, ist die Rekrutierung von gut ausgebildetem Personal abhängig von attraktiven Anstellungsbedingungen, namentlich von einem Lohnniveau, das dem Vergleich mit der Privatwirtschaft und konkurrierenden Verwaltungen, namentlich der Kantonsverwaltung, standhält. Es ist festzustellen, dass das Angebot an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern, vor allem jener mit den erforderlichen Aus- und Weiterbildungen sowie entsprechenden Berufserfahrungen, knapper wird. Die Stadtverwaltung kann in diesem Umfeld nur konkurrenzfähig bleiben, wenn sie auch bezüglich Lohnniveau auf dem Markt mithalten kann.

In den vergangenen Jahren konnte die Stadtverwaltung St.Gallen immer erfreuliche Rechnungsabschlüsse präsentieren. Ein bedeutender Anteil an diesen Ergebnissen kann sicher dem Personal zugeschrieben werden. Die Stadtverwaltung verfügt über leistungswillige und leistungsfähige Mitarbeitende, die Mittel zielgerichtet einsetzen und effiziente Lösungen suchen. Sie sind die wichtigste Ressource wenn es darum geht, Qualität und Professionalität sicher zu stellen. Die beantragte Realloohnerhöhung ist eine Investition in die heutigen und zukünftigen Mitarbeitenden.

Auch für das städtische Personal werden sich Anpassungen im Bereich der Sozialversicherungen im Lohn negativ bemerkbar machen. So steigen die Abzüge für die Erwerbsersatzordnung und die Arbeitslosenversicherung um total 0.2 Prozent, für den eine Besoldung von CHF 126'000 übersteigenden Betrag um 0.7 Prozent. Selbstverständlich sind auch die Mitarbeitenden der Stadt – wie alle anderen – nicht von den stets steigenden Prämien für Krankenversicherungen verschont, die immer mehr vom verfügbaren Einkommen beanspruchen.

Fast die Hälfte des städtischen Personals kann nicht mehr in den Genuss von individuellen Salärerhöhungen in Form von Stufenanstiegen oder einem Wechsel der Lohnklasse kommen, da es die oberste Einreihung in ihrer Funktion erreicht hat. Die einzige noch mögliche Lohnentwicklung für diesen Mitarbeitendenkreis liegt in generellen Lohnerhöhungen, sei dies in Form des Teuerungsausgleichs oder einer Realloohnerhöhung, oder in der Übernahme einer anderen, höher eingestufteten Funktion.

Nebst den vorstehend angeführten Gründen rechtfertigt schliesslich auch das Gebot der Gleichbehandlung der städtischen Angestellten, städtischem Verwaltungspersonal und Personal der Betriebe mit den städtischen Lehrpersonen, die nach kantonalem Recht entlohnt werden, eine Realloohnerhöhung von einem Prozent. Mit dieser Massnahme kann der Unterschied zum Kanton in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden. Auf Beschluss des Stadtparlaments kam das städtische Personal per 1.1.2008 nach 17 Jahren wieder in den Genuss einer Realloohnerhöhung in der Höhe von einem Prozent. Damit konnte ein Ausgleich zur kantonalen Verwaltung geschaffen werden, welche die grösste Mitbewerberin der



Stadtverwaltung auf dem lokalen Arbeitsmarkt ist. In der Zwischenzeit kam das Staatspersonal erneut in den Genuss von generellen Lohnanpassungen, welche die Teuerung überstiegen. Im Weiteren ist, wie unter Ziff. 3.2. hievor erwähnt, auf kantonaler Ebene für das nächste Jahr eine Erhöhung um 1.1 Prozent vorgesehen, unabhängig vom effektiven Indexstand November 2010. Übersteigt die Teuerung per November den ausgeglichenen Indexstand von 103.9 Punkten nicht, erhält das städtische Personal keine generelle, teuerungsbedingte Lohnerhöhung und die Differenz zum Kanton würde neu 2.0 Prozent betragen.

6 Finanzielle Auswirkungen einer Realloohnerhöhung von einem Prozent

	Verwaltung	Betriebe	Total
Löhne wiederkehrend	1'116'572	428'337	1'544'909
Sozialversicherungsbeiträge wiederkehrend	228'451	87'638	316'089
Total wiederkehrend	1'345'023	515'975	1'860'998
Einkauf in Versicherungskasse einmalig	1'161'235	445'470	1'606'705

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

